

POSITIONSPAPIER
des Initiativkreises Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM)
ZUR EU-KOHÄSIONSPOLITIK NACH 2020¹
(27. Juni 2018)

Die deutschen Metropolregionen² haben sich zum Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) als Plattform zusammengeschlossen, um Herausforderungen und Lösungsansätze der Metropolregionen zu diskutieren und in den politischen Diskurs einzubringen.

Metropolregionen als funktionale Räume, die städtische, peri-urbane und ländliche Teilräume umfassen, leisten einen großen kohäsionspolitischen Beitrag und sind daher wichtige regionale Impulsgeber für die europäische Regionalpolitik. Der IKM setzt sich deshalb dafür ein, dass die Bedeutung starker Metropolregionen als Motoren für Wachstum, Innovation und nachhaltige Entwicklung in Europa erkannt und gestärkt wird und damit auch der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen Rechnung getragen wird.

Konkret hat der IKM folgende **Kernforderungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020:**

1. Der IKM unterstützt entschieden die **Fortführung der EU-Kohäsionspolitik nach 2020**. Es muss gewährleistet sein, dass die Kohäsionspolitik auch weiterhin im mehrjährigen Finanzrahmen der EU **mit ausreichenden Mitteln** ausgestattet wird. Dabei sollte die Logik der Strukturfonds beibehalten werden und in ihrer Umsetzung auch weiterhin auf Zuschüsse und gegebenenfalls ergänzend auf andere Finanzinstrumente ausgerichtet sein.
2. Die Kohäsionspolitik trägt maßgeblich dazu bei, die Entwicklungsunterschiede zwischen den europäischen Regionen zu verringern sowie den wirtschaftlichen, den sozialen und den territorialen Zusammenhalt zu festigen. Daher muss gewährleistet sein, dass auch in Zukunft **alle Regionen der EU förderfähig** sind. Denn auch in besser entwickelten Regionen bestehen Entwicklungsunterschiede zwischen städtischen, peri-urbanen und ländlichen Teilregionen.

Zudem stehen die Metropolregionen vor besonderen **Herausforderungen** wie **Migration, Digitalisierung, Fachkräftemangel, Siedlungsdruck, Umwelt-, Lärm- und Verkehrsbelastungen** sowie der Umsetzung einer nachhaltigen **Energiewende und Klimaschutzpolitik**. Diese Herausforderungen sind in funktionalen Räumen wie Metropolregionen, die die oft gegenläufigen Trends in ländlichen und städtischen Regionen miteinander vereinbaren müssen, besonders relevant. Die Metropolregionen mit ihrem spezifischen Governance-Ansatz sind die geeignete Handlungsebene, um die unterschiedlichen Entwicklungsvoraussetzungen zu kompensieren und die genannten Herausforderungen auf partnerschaftlicher Basis zu schultern.

¹ Anmerkung: Dieses Positionspapier ersetzt nicht die Stellungnahmen der einzelnen Metropolregionen und deren Organisationen, sondern integriert Sichtweisen und betont Gemeinsamkeiten.

² Mitglieder sind die von der Ministerkonferenz für Raumordnung bestimmten Metropolregionen Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Rhein/Main, Hamburg, Hannover/Braunschweig/Göttingen/Wolfsburg, Mitteldeutschland, München, Nordwest, Nürnberg, Rhein-Neckar, Rhein-Ruhr und Stuttgart.

Gerade die weiterentwickelten Regionen wie die Metropolregionen sind Treiber von Beschäftigung, Innovation und Kreativität. Metropolregionen generieren somit einen europäischen Mehrwert und stärken die gesamte EU im globalen Kontext und im globalen Wettbewerb.

- Die **funktionalen Räume** sollten bei der Bewältigung der Herausforderungen **stärker von der Kohäsionspolitik unterstützt** werden, als es bisher der Fall war. Die in der Förderperiode 2014 bis 2020 entwickelten Instrumente der „**Integrierten Territorialen Investitionen**“ (ITI) für Regionen und „**von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen der lokalen Entwicklung**“ (CLLD) für subregionale Gebiete bieten gute Voraussetzungen für integrierte Projekte in funktionalen Räumen. Diese werden „von unten“ entwickelt und umgesetzt und tragen somit in hohem Maße den Herausforderungen und Bedürfnissen dieser Ebene Rechnung. Trotz sehr guter Beispiele auch aus anderen Mitgliedstaaten wird insbesondere das Instrument der ITI in Deutschland leider nicht oder nur in abgeschwächter Weise angewandt. Der IKM bedauert dies und ruft die Europäische Kommission dazu auf, mit der Bundes- und Landesebene darüber in Verhandlung zu treten, diese oder ähnliche Instrumente zur Integration verschiedener Programme in der Zeit nach 2020 verstärkt zu nutzen.

Als weiteres investitionsorientiertes und grenzübergreifendes Instrument für funktionale Räume gilt es das Programm INTERREG A fortzuführen und auszubauen. Dadurch können einerseits Herausforderungen grenzüberschreitender funktionaler Räume angegangen werden, andererseits bringt das Programm einen außerordentlichen europäischen Mehrwert. Dies gilt auch für die anderen Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit INTERREG B und INTERREG C, die gestärkt werden müssen. Darüber hinaus werden durch die Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen europäischen Ländern zu integrierten und raumbezogenen Themen Wissen, Erfahrungen und Best Practices ausgetauscht, wodurch neue innovative Lösungen entwickelt, getestet und umgesetzt werden können.

- Der IKM wünscht sich eine **Fortsetzung der partnerschaftlichen Programmierung der operationellen Programme**, die aus den Strukturfonds finanziert werden. Dies bedeutet das Zusammenarbeiten der Europäischen Kommission mit der mitgliedstaatlichen Ebene, der regionalen Ebene (in Deutschland die Bundesländer) und eine gestärkte Partnerschaft mit den regionalen Akteuren unterhalb der Landesebene, wie den Metropolregionen. Metropolregionen umschließen, zum Teil Ländergrenzen übergreifend, Gemeinden, Landkreise und andere Akteure und sind mit deren Bedürfnissen und Herausforderungen vertraut. Der IKM kann somit einen qualifizierten Beitrag zur Prozessoptimierung leisten und fordert deswegen eine **stärkere Mitverantwortung der Metropolregionen im Programmierungs- und Umsetzungsprozess der Kohäsionspolitik**. Die Metropolregionen stehen bereit, sich in der nächsten Förderperiode aktiv stärker bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik zu beteiligen.
- Eine wachsende EU-Skepsis und der damit verbundene Vorwurf der Bürgerferne stellen die EU vor große Herausforderungen. Durch unverhältnismäßig hohe administrative Vorgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik werden diese Tendenzen noch verstärkt. Eine deutliche **Vereinfachung bei der Antragstellung und Verwaltung** kann daher dazu beitragen, dass die Akzeptanz und die Verbundenheit aller Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger mit der EU zunehmen. Auch die **Finanzkontrolle** laufender und abgeschlossener Projekte bedarf einer **konsequenten Vereinfachung**.